



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Nach dem Brand in Moria muss Bayern vorangehen und ein humanitäres Zeichen setzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach dem Brand im Flüchtlingscamp in Moria auf der griechischen Insel Lesbos den Bundesinnenminister zu bitten, die Grundlagen für die Aufnahme von Geflüchteten in Bayern zu schaffen und im Sinne der europäischen Solidarität Schutzsuchende aus humanitären Notlagen zusätzlich aufzunehmen.

Begründung:

Die Lage in Moria ist erschütternd. Das Lager ist in weiten Teilen abgebrannt, rund 13 000 Geflüchtete sind obdachlos, ohne Versorgung und wissen nicht weiter. Die Lebensbedingungen in Moria waren auch bereits vor den Bränden menschenunwürdig.

Bereits vor Ausbruch von COVID-19 waren die Bedingungen in den vollkommen überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln eine humanitäre Katastrophe: Mehrere Zehntausend Geflüchtete lebten hier seit vielen Jahren zusammengepfercht in einfachen Zelten unter menschenunwürdigen Bedingungen und hygienisch desolaten Zuständen.

Das galt auch für besonders schutzbedürftige Personengruppen wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kranke und Menschen mit Behinderung, obwohl diese Gruppen eigentlich nach der EU-Aufnahmerichtlinie, an deren Anwendung auch Griechenland gebunden ist, eine sichere und ihren Bedarfen entsprechende Unterbringung und Versorgung bekommen müssen.

Eine Delegation von Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Bayerischen Landtag und dem Bundestag hat sich bereits im November 2019 ein Bild von der Situation vor Ort machen können. Bei den Gesprächen mit lokalen Behördenvertreterinnen und -vertretern sowie zahlreichen Hilfsorganisationen wurde festgestellt, dass schnell geholfen werden muss. Deswegen haben wir ein Landesaufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige aus Lesbos gefordert: Der Freistaat soll möglichst schnell alleinlebende Frauen mit und ohne Kinder, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke aufnehmen. Leider wurde unser Antrag im Plenum des Landtags am 09.07.2020 auch von der Regierungskoalition abgelehnt. Die Bundesregierung hat zugesagt, bis zu 1 500 Personen aufzunehmen. Das ist ein erster kleiner, aber notwendiger Schritt. Aus unserer Sicht reicht das aber nicht aus. Das ganze Camp muss evakuiert werden. Alle Menschen dort haben ein Recht auf humanitäre Unterbringung und ein faires Asylverfahren. Die Staatsregierung kann hier mit einem guten Beispiel vorangehen und ein eigenes Aufnahmeprogramm ins Leben rufen. Es gibt Kapazitäten, es gibt den Platz, es gibt eine überaus große Bereitschaft von 16 Kommunen sowie der Zivilgesellschaft in Bayern, zu helfen.